

## **Grüne Eckpunkte für bessere Klimavorsorge bei Hochwasser- und Katastrophenschutz in Niedersachsen**

Die dramatische Flutkatastrophe in NRW und Rheinland-Pfalz muss auch in Niedersachsen Konsequenzen für eine bessere Klimavorsorge beim Hochwasser- und Katastrophenschutz haben. Etliche Schwachstellen sind bekannt und wiederholt im Landtag – unter anderem von der Grünen-Fraktion – angesprochen worden. Auch Niedersachsen hatte in den vergangenen Jahren bereits Starkregen oder als Folge von extremer Hitze Wald- und Moorbrände. Die Grünen-Fraktion legt deshalb für die anstehenden Beratungen in der Landespolitik ein Eckpunkte-Papier für eine bessere Klimavorsorge bei Hochwasser- und Katastrophenschutz in Niedersachsen vor.

### **Jetzt Lehren für ökologischen Hochwasserschutz ziehen:**

1. Das Land muss die Versiegelung von Flächen von zurzeit 9 Hektar pro Tag endlich mit konkreten Maßnahmen stoppen. Stattdessen brauchen wir eine landesweite Entsiegelungsplanung und den Stopp von Bebauung in Überschwemmungsgebieten.
2. Die Mittel für den Gewässerschutz, die Renaturierung von Bächen und Flüssen, die Schaffung von Rückhalteflächen und Auen müssen deutlich verstärkt und im Hinblick auf den Hochwasserschutz priorisiert werden. Für den ökologischen Hochwasserschutz innerhalb der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) wollen wir mindestens 80 Mio. Euro in vier Jahren zusätzlich ausgeben.
3. Wir wollen die Mittel zur Wiedervernässung und Renaturierung von Mooren aus den EU-Programmen für Hochwasser- und Klimaschutz deutlich aufstocken und deren Umsetzung beschleunigen.
4. Wir fordern ein Programm für „Schwamm-Kommunen“ mit Dachbegrünungen, Baumpflanzungen, öffentlichen Grünflächen, Entsiegelung von Flächen. Für ein kommunales Programm für Stadtbegrünung und Umbau der Wasserinfrastruktur sollen aus dem Bundeshaushalt 340 Mio. Euro bereitgestellt werden.
5. Die Land- und Forstwirtschaft muss auf eine klima- und wasserschonende Bewirtschaftung umgestellt werden. Mehr Wälder und Moore sind hervorragende Klimaschützer aber auch Wasserspeicher.

6. Statt Kanalisierung müssen wir den Flüssen mehr Raum geben und Überschwemmungsflächen, Versickerungsflächen und Polder schaffen. Das entlastet unsere Städte vor Hochwasserkatastrophen
7. Wir wollen mit einer ökologischen Flurbereinigung Anreize für Hochwasserschutz und ein modernes Wassermanagement bieten.

### **Katastrophenschutz landesweit gegen Klimarisiken wappnen:**

1. Das Land muss wie von den Kommunen gefordert eine stärkere Rolle beim Katastrophenschutz in Großschadenslagen übernehmen. Dazu gehört auch ein landesweit koordinierender Katastrophenstab und eine stärkere Abstimmung mit dem Bund etwa bei Warnhinweisen von Wetterdiensten.
2. Der Katastrophenschutz muss auf die veränderten Klimarisiken wie Starkregenereignisse, Hochwasser, Moor- und Waldbrände angepasst und verstärkt werden. Dazu gehören auch an diese Risiken angepasste Allradfahrzeuge, Löschhubschrauber und Material.
3. Die Zuschüsse des Landes für im Katastrophenschutz tätige Hilfsorganisationen und Feuerwehren muss dauerhaft auf 6 Mio. jährlich verdreifacht werden. Zur Zeit hat die Groko die Mittel auf 1,7 Mio. Euro jährlich gekürzt.
4. Statt wie geschehen 80 Prozent der Sirenen abzubauen, muss das Land wieder für ein flächendeckendes, einheitliches Alarmsystem sorgen. Dazu gehören akustische Alarme aber auch Warnsysteme per SMS.
5. Das Land muss wie von den Kommunen gefordert stärker eine zentrale Lagerung von Katastrophenschutz-ausrüstung bereitstellen und mobile Katastrophenschutz-einheiten in Bereitschaft halten.
6. Verbesserung der Nachwuchsgewinnung bei Feuerwehr und Hilfsorganisationen durch bessere Bezahlung und Ausbildungsvergütung.
7. Die Ausstattung der Feuerwehren und Katastrophenschutzorganisationen darf nicht von der kommunalen Kassenlage abhängen. Daher muss gelten: Ein gut ausgestatteter Katastrophenschutz ist Pflichtaufgabe der Daseinsvorsorge!

### **DIE GRÜNEN IM LANDTAG NIEDERSACHSEN**

Imke Byl, Sprecherin für Klima- und Umweltpolitik  
Christian Meyer, Fraktionsvize und Sprecher für Katastrophenschutz

23. Juli 2021